

SPD fordert Maßnahmen zum Schutz besonders gefährdeter Menschen im Landkreis Lüneburg

„Heute haben wir den Antrag gestellt, ähnlich wie zum Beispiel in der Stadt Tübingen, Maßnahmen zum Schutz von besonders gefährdeten Menschen zu entwickeln und schnell umzusetzen und dafür zusätzliche Mittel in den Haushalt einzustellen“, erklärte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Landtagsabgeordnete Andrea Schröder-Ehlers (SPD).

„Auch wenn jetzt gerade alle Kontakte auf ein Minimum heruntergefahren werden müssen, brauchen wir spätestens nach dem Ende des Lockdowns für eine Übergangszeit ein Konzept, um insbesondere die besonders gefährdeten Menschen besser zu schützen, ohne sie auszuschließen“, erklärt Fraktionsvorsitzender Franz-Josef Kamp. „Die in Tübingen entwickelten Maßnahmen sind aus unserer Sicht geeignet, einen besseren Schutz zu gewährleisten. Das Angebot von Schnelltests gibt nicht nur vor dem Besuch eines Altenheims etwas mehr Schutz, sondern auch vor dem Besuch einer betagten Person in ihrer eigenen Wohnung. Die Ausgabe von weiteren FFP2-Masken an besonders Bedürftige, kann auch hier helfen. Und das Angebot für einen bestimmten Zeitraum Fahrten mit dem ASM oder Taxi zu bezuschussen, kann gerade bedürftige und betagte Menschen zusätzlich schützen.“

Diese und weitere Maßnahmen sollen im Sozialausschuss zu einem Maßnahmenkonzept zusammengeführt werden. Dafür soll der Kreis 250.000 € zusätzlich als Corona Hilfen bereitstellen, dies fordert die SPD-Kreistagsfraktion in einem kurzfristig eingebrachten Antrag zum Haushaltsentwurf, der in der nächsten Woche entschieden wird.